

Willy Klawe, Hamburg

Die EU und der Zypernkonflikt

Gerade wurde im Norden Zyperns gewählt, die Aussichten auf eine Lösung des Zypernkonfliktes sind damit eher schlechter geworden. Gleichzeitig belastet die Zypernfrage das Binnenverhältnis der EU und die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Wie konnte es dazu kommen? Das gerade erschienene Buch von Engin Karatas geht dieser Frage nach

1. Frühe Wurzeln des Zypernkonflikts

Präzise und stringent skizziert Karatas die Entwicklung des Konflikts während der britischen Herrschaft auf Zypern und zeigt plausibel die Ursachen der ethnischen Polarisierung beider Volksgruppen auf der Insel nach. Während die britische Kolonialmacht getreu ihres Grundsatzes 'teile und herrsche' erfolgreich die türkischen Zyprioten und ihre Elite für ihre Zwecke instrumentalisiert, entwickelt sich bei der griechischen Bevölkerungsgruppe ein zunehmend radikalierter griechischer Nationalismus, der auf den Anschluss der Insel an Griechenland (Enosis) drängt.

Als diese innerzyprische Konstellation die britische Vorherrschaft nicht mehr zu sichern vermag, bringt Großbritannien die Türkei und Griechenland als "Mutterländer" ins Spiel und verleiht dem Konflikt so eine neue politische Richtung mit dem Ergebnis, dass sich beide NATO-Partner nunmehr als Gegner und Konkurrenten um den Einfluss auf Zypern gegenüberstehen. Diese Entwicklung, verbunden mit dem schwindenden Einfluss Großbritanniens im Nahostraum, führt zu einer Internationalisierung des Zypernkonflikts. Großbritannien wird gedrängt, Zypern in die Unabhängigkeit zu entlassen, und entwickelt zusammen mit den Mutterländern Türkei und Griechenland einen Verfassungskompromiss, für deren Umsetzung alle drei Länder als Garantemächte dienen.

Die auf dieser Basis 1960 proklamierte Republik Zypern bezeichnet Karatas zu Recht als "brüchigen Kompromiss" und arbeitet prägnant die Geburtsfehler der jungen Republik heraus. *"Das Zypernabkommen spiegelte vorrangig die Interessenkonstellation der auswärtigen Mächte wieder. Besondere Probleme waren, dass jede Volksgruppe ihre eigenen Rechte, die präzise definiert waren, hatte, es aber keine Zyprioten, sondern in der Verfassung nur Griechen und Türken auf der Insel gab. Die Entwicklung einer eigenen nationalen Identität wurde damit erschwert. Stattdessen wurde die in den Vorjahren der Unruhen entstandene ethnische Segmentierung zementiert."*

Die Zusicherung zweier militärischer Stützpunkte für Großbritannien auf der Insel sowie eine von Griechenland, der Türkei und Zypern gemeinsam zu vollziehende Verteidigungspolitik, verbunden mit der Stationierung mehrerer hunderter griechischer und türkischer Offiziere auf der Insel beschnitten darüber hinaus auch die Souveränität der neuen Republik. Karatas stellt dazu prononciert fest: *"Festzuhalten bleibt, dass unter der Berücksichtigung der oben genannten zwischenstaatlichen Bestimmungen des Züricher und des Londoner Abkommens nur von einer "partiellen Unabhängigkeit" gesprochen werden kann."* (120).

Von Beginn an war die Akzeptanz der Verfassung bei beiden Volksgruppen unterschiedlich. Während die türkischen Zyprioten und die Türkei mit den erreichten Verhandlungsergebnissen weitgehend zufrieden waren, blieben die griechischen Zyprioten und Griechenland als Garantmacht von Beginn an skeptisch und unzufrieden und bereits drei Jahre nach der Unabhängigkeit kündigte Erzbischof Makarios als Präsident und Vertreter der griechischen Zyprioten die Verfassung einseitig auf. In der Folge kam es zu bürgerkriegsähnlichen Zusammenstößen und einer zunehmenden räumlichen Desintegration beider Bevölkerungsgruppen.

Karatas fasst diese Entwicklung prägnant zusammen: *"Die Konzentration der türkischen Zyprioten in Enklaven und die Aushebung der essenziellen Verfassungsbestimmungen markieren den Beginn der separaten politischen und ökonomischen Entwicklungen der beiden Volksgruppen, die im Jahre 1974 zu einem Abschluss gelangen sollte."* (127). Detailliert zeichnet er die dann folgenden Entwicklungen in der Zypernfrage bis zum Putsch gegen Makarios nach. Dabei gelingt es ihm, die externen Einflüsse insbesondere Griechenlands, der USA und der NATO deutlich zu machen und deren Auswirkungen auf die Konfliktdynamik überzeugend nachzuweisen. Dabei trugen vor allem die zunehmenden Spannungen zwischen der rechtsgerichteten Militärjunta in Griechenland und der eher linksorientierten Politik von Zyperns Präsidenten Makarios zur Konflikteskalation bei. Während sich innenpolitisch die beiden Volksgruppen weitgehend getrennt voneinander entwickelten und die Staatsgeschäfte der Republik Zypern ohne Beteiligung der türkischen Volksgruppe geführt wurden, sah sich Makarios außenpolitisch neben zwei missglückten Attentaten wiederholten Destabilisierungsmanövern aus Athen ausgesetzt. Seine diesbezügliche ultimative Aufforderung, die auf der Insel stationierten griechischen Soldaten abzuziehen und die Nationalgarde seiner Befehlsgewalt zu unterstellen, führte im Juli 1974 letztlich zum von Athen ausgehenden Putsch gegen ihn, Makarios konnte dabei seiner Ermordung jedoch knapp entkommen. Dieser Putschversuch führte nicht nur zum Ende der griechischen Militärjunta in Athen, sondern gab Anlass für die Türken, als Garantmacht zu intervenieren und im Rahmen einer Militäroperation den Norden der Insel zu besetzen. Sehr schnell wurden für dieses Gebiet neue Verwaltungsstrukturen geschaffen und im Februar 1975 der "türkische Bundesstaat von Zy-

pern" ausgerufen. Karatas stellt dazu fest: *"Aus Sicht des türkisch-zypriotischen Volksgruppenführers sollte die Ausrufung des Bundesstaates nicht als erster Schritt zur Eigenstaatlichkeit verstanden werden, sondern als ein Signal der türkisch-zypriotischen Kompromissbereitschaft und des Einigungswillens. Die neue Entität sollte in die zu gründende "föderale Republik Zypern" überführt werden."* (157).

Die griechisch-zypriotische Seite hingegen versuchte zunächst, den Konflikt zu internationalisieren und konnte immerhin eine "bedauernde" Resolution des UN-Sicherheitsrates erreichen, die zu Gesprächen und zu einer Einigung aufrief. In den darauf folgenden Volksgruppengesprächen gelang es Rauf Denktasch als Vertreter der türkischen Zyprioten und Erzbischof Makarios als Präsident und Vertreter der griechischen Zyprioten einen biozonalen Staat als künftige gemeinsame Basis ihres Zusammenlebens zu vereinbaren. Deren Konkretisierung zog sich allerdings hin, sodass im Jahre 1983 die UN-Vollversammlung der griechisch-zypriotischen Seite die volle Souveränität über die gesamte Insel zusprach. Als Reaktion darauf wurde im November 1983 die unabhängige "Türkische Republik Nord-Zypern" proklamiert. Karatas bemerkt dazu treffend: *"Die Gleichheit der beiden Volksgruppen war nach Ansicht der türkischen Zyprioten nur durch Schaffung eines zweiten souveränen Staates auf der Insel wieder herzustellen."* (161). Karatas resümiert den Prozess bis zu diesem Zeitpunkt mit den Worten *"Die subversive griechische Zypernpolitik hatte sich nicht nur als inadäquat erwiesen, sondern verursachte die aus griechisch-zypriotischer Sicht die verheerende realpolitische Auswirkung der insularen Teilung."* (172).

2. Der Zypernkonflikt und die EU:

Auf diese Weise historisch und politisch gerahmt wendet sich Karatas dem Hauptgegenstand seiner Untersuchung zu: Der Rolle Zyperns im Rahmen Europas und der Europäischen Union. Die europäischen Interessen gegenüber Zypern waren - ähnlich wie das Assoziierungsabkommen mit der Türkei - in dieser Zeit eher bündnispolitischer Natur. *"Der Wunsch, Zypern in die westlichen Strukturen zu integrieren und so eine weitere Station im östlichen Mittelmeer als Bollwerk gegen die kommunistische Bedrohung zu gewinnen, war deutlich zu erkennen."* (177). Die EU reagierte auf die Teilung der Insel mit einigen Resolutionen, wollte aber darüber hinaus nicht mit der Zypernfrage verstrickt werden. Präzise und detailliert entfaltet Karatas Ausgangslage und Strategien aller beteiligten Akteure im Verlaufe des Beitrittsverfahrens der griechischen zypriotischen Republik Zypern. Überzeugend weist er nach, dass in der konflikthaftern Gemengelage des Zypernkonfliktes die der EU zur Verfügung stehenden politischen Instrumente kaum Wirkung entfalten konnten. Den griechischen Zyprioten ging es bei dem Beitrittsantrag vor allen Dingen um sicherheitspolitische und strategische Interessen in der Hoffnung, in dem seit 15 Jahren festgefahrenen Konflikt auf der Insel zu-

sätzlichen Druck auf die türkischen Zyprioten und die Türken auszuüben. Die türkischen Zyprioten hingegen negierten mit Verweis auf die zypriotische Verfassung von 1960 jedes Recht der südzypriischen Regierung für die gesamte Insel zu sprechen und einem Bündnis beizutreten, dem nicht alle Garantiemächte angehören. Die EU ihrerseits wollte sich dem Konflikt gegenüber neutral verhalten und die Gemeinschaft keinesfalls mit der Zypernfrage belasten. Daher wurde zunächst seitens der EU für die Aufnahme der Republik Zypern die vorangehende Klärung des Zypernkonfliktes zur Bedingung gemacht. Dieses Konditionalitätsprinzip wurde frühzeitig durch das EU-Mitglied Griechenland als "Mutterland der griechischen Zyprioten" ausgehebelt. *"Athen drohte offen damit, die vierte Erweiterungsrunde der EU durch ein Veto zu blockieren, sollte Zypern nicht der Beitritt ohne konfliktuelle Konditionalität in Aussicht gestellt werden."* (221).

Nachdem die EU dieser Erpressung nachgab, wiederholte Athen die gleiche Strategie, diesmal, um einen schnellen Beginn der Beitrittsverhandlungen zu erzwingen, einen Druck, dem Brüssel ebenfalls nachgab. *"Diesem Wandel war abermals eine griechische Drohung vorausgegangen: Ohne eine Zusage von Beitrittsverhandlungen mit der Republik Zypern werde die Zollunion mit der Türkei blockiert werden."* (223). Diese Folge von "Package-Deals" kommentiert Karatas zutreffend: *"Über das Ausnutzen der intergouvernementalen Strukturen vermochte es Athen, die Beitrittsbestrebungen der griechischen Zyprioten auch gegen den Willen der anderen Mitgliedsstaaten sukzessiv vorwärts zu treiben. Die EU war zu keinem Zeitpunkt an einer stärkeren Verwicklung in den Konflikt interessiert, wurde aber letztlich ... durch die Ausnutzung der intergouvernementalen Strukturen zu einem voranschreitenden Beitrittsprozess gezwungen und damit in den Konflikt hineingedrängt."* (206).

Nachdem eine Klärung der Zypernfrage als Vorbedingung zum Beitritt Zyperns zur EU aufgegeben worden war, blieb der EU lediglich die Hoffnung, den türkischen Zyprioten einen EU-Beitritt durch die zu erwartenden ökonomischen Vorteile attraktiv zu machen und sie so in die Verhandlungen einzubinden. Dieses gelang nicht, einmal, weil die türkischen Zyprioten aufgrund der vorangegangenen Erfahrungen die tatsächliche Umsetzung ökonomischer Verbesserungen für fraglich hielten und zum anderen sicherheitspolitische Interessen weitaus bedeutender waren, als ökonomische Überlegungen.

Schließlich blieb der EU nur die Möglichkeit, die Türken zur Einflussnahme auf die Bewältigung der Zypernfrage zu bewegen, aber: *"Die Türkei sah sich insgesamt nicht in der Schuld, eine eigene politische Neuausrichtung vorzunehmen oder diese im Nordteil der Insel anregen zu müssen. Ganz im Gegenteil: Es galt den Beitritt (der Republik Zypern) zu verhindern."* (246). Vielmehr reagierte die Türkei auf die fortschreitenden Aufnahmeverhandlungen mit

der Republik Zypern mit einem Neun-Punkteplan, der eine engere Bindung Nord-Zyperns an die Türkei vorsah, die bei Beitritt der Republik Zypern noch verstärkt werden sollte.

Bei dieser auf die Zypernfrage fokussierten Betrachtung darf nicht vergessen werden, dass die Antagonismen zwischen Griechenland und der Türkei durch "historische Traumata" gespeist werden und es neben der Auseinandersetzung um die Zukunft Zyperns weitere Konfliktpunkte gibt. Karatas nennt hier besonders die Streitigkeiten um den Festlandsockel, Auseinandersetzungen über die Territorialgewässer und die Kontrolle des Luftraumes sowie die Stationierung griechischer Truppen auf den ostägäischen Inseln.

Durch die ständigen Veto-Drohungen Athens konnte die Beitrittsperspektive der Republik Zyperns schwerlich auf Eis gelegt werden, andererseits sollte die Balance der beiden Anreinerstaaten Türkei und Griechenland im östlichen Mittelmeerraum nicht noch weiter gestört werden. Als Aussicht bot sich daher an, der Türkei eine realistische Beitrittsperspektive in absehbarer Zeit zu eröffnen. Um einer weiteren Destabilisierung des Ost-Mittelmeerraumes entgegenzuwirken und gleichzeitig die durch die griechische Veto-Drohung gefährdete EU-Osterweiterung doch noch zu realisieren, wurde im Dezember 1999 daher in Helsinki eine wichtige Weichenstellung in der EU-Politik vorgenommen: Der Türkei wurde der Kandidatenstatus verliehen und die Republik Zypern wurde in die nächste Beitrittsrunde aufgenommen - unabhängig vom Stand der Zypernfrage. Das lange verfochtene Konditionalitätsprinzip gehörte damit endgültig der Vergangenheit an.

Karatas merkt an dieser Stelle kritisch an: *"Der Hinweis des Rates, die Türkei solle "auf der Grundlage derselben Kriterien, die auch für die übrigen beitrittswilligen Länder gelten" Mitglied der Union werden, erwies sich als leere Rhetorik. Von keinem anderen Kandidaten wurde erwartet, dass er positiven Einfluss auf einen Konflikt nehmen sollte, der außerhalb seines Staatsgebietes liegt."* (337). Da die EU selbst aber darüber hinaus nichts unternahm, um die Klärung der Zypernfrage voranzutreiben, gewannen die UN-Lösungsinitiativen besondere Bedeutung.

Karatas wendet sich diesen Bemühungen der UN und den verschiedenen Entwürfen von Kofi Annan für eine Einigung zu. Er stellt heraus, dass vor Beitritt Süd-Zyperns zur EU eine besondere historische Chance für eine Einigung gegeben war. *"Der Beitritt war an ein positives Verhalten der griechisch-zypriotischen Seite gebunden, und u. a. nur deshalb soweit fortgeschritten, weil sich die Zypern-Griechen bisher immer als Opfer der türkischen und türkisch-zypriotischen Intransigenzen darstellen konnten. Im Zeitfenster zwischen Dezember 2002 und April 2003 bestand zum letzten Mal die Möglichkeit für die EU, konditionalen Druck auf beide zypriotischen Volksgruppen aufzubauen."* (368). Während die ersten Lösungsver-

suche an den weiterhin weitgehend unveränderten Grundpositionen der beteiligten Akteure scheiterten, ergaben sich nach dem Wahlsieg der AKP Tayyip Erdogans im November 2002 und den damit verbundenen innenpolitischen Veränderungen in der Türkei selbst neue Chancen. *"Der Machtkampf in der Zypernfrage zwischen der AKP einerseits und dem kemalistischen Establishment sowie Denktasch andererseits war offen ausgebrochen."* (389). Zunächst jedoch musste die Türkei im Verhandlungspoker eine Niederlage hinnehmen: Am 16. April 2003 unterzeichnete die Republik Nord-Zypern ihre Beitrittsakte zur EU. *"Die Unterzeichnung der Beitrittsakte stellt nicht nur den klaren Sieg der hellenischen Strategien dar, die Insel gegen alle EU-internen Vorbehalte durch die Ausnutzung der intergouvernementalen Strukturen in die EU hineinzupressen, sondern markiert im Umkehrschluss auch das Scheitern aller Versuche der Türkei und der türkischen Republik Nord-Zyperns, die EU-Aufnahme der Insel durch diverse Drohungen, wie Annexion oder Aussetzung der UN-Verhandlungen, zu verhindern."* (397).

Dennoch blieb die türkische Reaktion verhalten, wollte man doch die eigenen Beitrittsambitionen nicht gefährden. Zudem hatte sich im Zuge fortschreitender Reformen in der Türkei ein Paradigmenwechsel in der Zypernfrage angedeutet: Die strategische Bedeutung Zyperns für die Sicherheit der Türkei hatte sich relativiert, die mit der Insel verbundene nationale Symbolik schien überholt. Damit war auch die Kongruenz zwischen türkischen und türkisch-zypriotischen Positionen, die seit 40 Jahren von Rauf Denktasch repräsentiert worden waren, aufgelöst.

Denktasch selbst war wegen seiner Obstruktionspolitik bei seinen Landsleuten zunehmend unter Druck geraten, nachdem diese in mehreren Massen-Demonstrationen gegen seine Politik opponiert hatten. Um diesen Druck zu reduzieren, öffnete er im April 2003 die Grenze zur Republik Zypern. Fortan war ein wechselseitiger Grenzverkehr möglich, der in den ersten Monaten intensiv genutzt wurde - auch von den Zypern-Griechen, deren Präsident sie von dem Besuch eines "nicht existenten illegalen Staates" abzuhalten versuchte.

Denktasch wurde außerdem von der Regierung und dem nationalen Sicherheitsrat der türkischen Republik zu größerer Konzilianz gegenüber den UN-Bemühungen um eine Lösung der Zypernfrage aufgefordert. Dieser Politikwechsel machte letztlich die Vorlage des Annan-Plans V für ein Referendum in beiden Teilen Zyperns möglich.

Karatas beschreibt ausführlich diese Entwicklungen und gibt zugleich einen pointierten Überblick über die Grundposition dieses umfangreichen Vertragswerkes .

Indes wurden durch die unerwartete Konzilianz der türkisch-zypriotischen Seite und der Türkei die angestammten Rollen in der Zypernfrage neu besetzt. Während der Annan-Plan (AP) zwischen Veröffentlichung und Referendum in der türkisch-zypriotischen Community zwar durchaus kontrovers, aber insgesamt eher wohlwollend diskutiert wurde, rief der Präsident der Zypern-Griechen zu einer beispiellosen "Nein-Kampagne" gegen den Plan auf, *"in deren Verlauf Papadopoulos die Medien manipulierte, Befürworter einschüchterte, vor den expansionistischen Gelüsten der Türkei warnte, mit den Ängsten der Bevölkerung spielte und das Gespenst eines ökonomischen Kollapses des Südens an die Wand malte."* (425).

Provokant aber zutreffend stellt Karatas dazu fest: *"Solange Denktasch gemauert hatte, musste Präsident Papadopoulos seine Haltung zum AP nie offen legen. Während die Präsidenten der Republik Zyperns sowie die UN-Generalsekretäre und mit ihnen ihre Friedensblaupausen kamen und gingen, blieben Denktasch und seine Ansichten zum Konflikt über Dekaden hinweg eine verlässliche Konstante. So konnte Papadopoulos der internationalen Staatengemeinschaft und der EU suggerieren, er sei ein Lösungsbefürworter. Als jedoch mit den Neuwahlen in der Türkei und in der TRNZ das Stimmungsbild sich wandelte, sich ein Teil der türkischen Zyprioten, nicht zuletzt wegen der Magnetwirkung der Attraktivität Talât überlies, musste Papadopoulos aus seiner Deckung hervortreten und Farbe bekennen. Mit dem proeuropäischen flexiblen Talât auf der anderen Seite des Verhandlungstisches hatte die Zeit des Bluffens ein Ende."* (427/428). Deziert geht der Autor den spezifischen Ablehnungsmotiven der jeweiligen Akteure nach und zeigt eindrücklich das Zusammenspiel von Sicherheitsbedürfnissen, ethnonationalen Ideen, ökonomischen Interessen und Klerus. *"Von einem fairen Wahlkampf kann in diesem Klima der Angst und der Polarisierung kaum gesprochen werden."* (434).

Das Ergebnis ist bekannt: Am 24. April 2004 stimmten 75,8 % der griechischen Zyprioten gegen, im türkisch-zypriotischen Norden dagegen 64,9 % für die Annahme des Annan-Plans. Detailliert analysiert Karatas die Ablehnungsgründe und fasst zusammen: *"Insgesamt standen aus Sicht eines Großteils der griechischen Zyprioten die Gewinne durch Delimitation, Entschädigungszahlungen und Rücksiedlungen in keinem Verhältnis zu den Verlusten in Form der Festschreibung der territorialen Teilung, der unverhältnismäßigen Beteiligung der türkischen Zyprioten an der Macht sowie der anhaltenden türkischen Militärpräsenz."* (447). Trotzdem wird die Republik Zypern - repräsentiert lediglich durch die griechischen Zyprioten - am 1. Mai 2004 feierlich in die EU aufgenommen. Karatas analysiert die Folgen dieses Beitritts für die EU und künftige Spielräume in der Politik: *"Der EU-Beitritt Zyperns am 01. Mai 2004 hat zu einer Machtverschiebung im östlichen Mittelmeerraum zu einer Art "legalistischen Machtasymmetrie" geführt. Die Tatsache ergibt sich aus dem Umstand, dass die grie-*

chischen Zyprioten Zugang zu den entscheidungsfindenden Organen der EU haben, die Türkei und türkischen Zyprioten hingegen nicht" (493), konstatiert Karatas und fährt fort, "die griechischen Zyprioten besitzen über das Vehikel der EU-Mitgliedschaft eine legalistische Superiorität, mit der Nikosia versuchen wird, der Türkei mehr Zugeständnisse bei etwaigen Wiedervereinigungsverhandlungen abzurufen. Vor diesem Hintergrund kann als gesichert gelten, dass die Türkei nur dann EU-Mitglied werden wird, wenn auch für den insularen Konflikt eine Lösung gefunden werden wird, die auch die Vorstellungen der griechischen Zyprioten befriedigt ... Durch die EU-Mitgliedschaft können der Türkei konditionale Bedingungen im Zypernkonflikt diktiert werden, bei deren Nichterfüllung das Scheitern des Beitrittsprozess droht – im Extremfall gegen den Willen aller Mitgliedsstaaten." (494). In der Konsequenz ist die EU auf diese Weise eng mit dem Zypernproblem verwoben, gerade das sollte aber immer vermieden werden. Die "powerpolitics" der Zyperngriechen zeigt sich bereits unmittelbar nach dem Beitritt. Mit einer Finanzierungshilfe von 249 Millionen € und einem Handelsabkommen wollte die EU-Kommission die Zustimmung der Zyperntürken zum Annan-Plan "belohnen". Beide Beschlüsse wurden durch das Veto der Zyperngriechen zunächst blockiert, lediglich die Finanzhilfe konnte mit 2-jähriger Verspätung und erheblichen Abstrichen verabschiedet werden. Beide Vorgänge machen den Machtverlust der EU deutlich. "Die EU hat die Möglichkeit der konditionalen Einflussnahme auf die griechischen Zyprioten durch die Mitgliedschaft der Republik Zypern eingeübt und kann in dieser Angelegenheit kaum noch eigene Forderungen stellen ... Die EU muss zur Kenntnis nehmen, dass die Republik Zypern ihre EU-Mitgliedschaft zur Abwehr "nationaler Gefahren" und im Sinne des nationalen Nutzenkalküls einsetzt." (515) Angesichts dieser Erfahrungen ist der Vertrauen der Zyperntürken in die EU deutlich zurückgegangen. Diese Skepsis wird u. a. durch zoll- und verwaltungstechnische Hemmnisse im freien Warenverkehr zwischen dem Norden und Süden der Insel über die "Green-Line" noch verstärkt.

Wie erwartet wirken sich die "powerpolitics" der Republik Zypern besonders auf die Aufnahmeverhandlungen der EU mit der Türkei aus. "Solange der türkische Beitrittsprozess läuft, haben die griechischen Zyprioten durch ihr Vetopotential ein mächtiges Druckmittel in der Hand, dass die Türkei zu Zugeständnissen in der Zypernfrage zwingen kann." (529). Karatas belegt allerdings auch plausibel, dass dieses Druckmittel seine Grenzen hat. "Sollte der EU-Beitritt der Türkei an zu hohen Forderungen der griechischen Zyprioten scheitern, würde dies das Verhältnis zwischen den beiden Staaten auf unabsehbare Zeit vergiften und auch hohe Opportunitätskosten hinsichtlich der verlorenen potentiellen Sicherheitsgewinne durch das Ausbleiben einer "Europäisierung" der Türkei hervorrufen. Dem Machtpoker der griechischen Zyprioten sind also durchaus Grenzen gesetzt." (530). Dennoch bleiben mehr denn je die Lösung des Zypernkonflikts und der EU-Beitritt der Türkei eng miteinander verknüpft und:

Eine Wiedervereinigung in einem konföderativen Staat wird nur möglich, wenn sich die Zyperngriechen von ihrem bisherigen Handlungsgrundsatz verabschieden: "Einen Teil Zyperns alleine besitzen ist besser als die ganze Insel nur zum Teil" (465).

3. Fazit

Engin Karatas hat mit seiner Arbeit eine außerordentlich detail- und facettenreiche, gründlich recherchierte Studie zur Genese des Zypernkonfliktes und dessen Rolle beim Beitritt Zyperns zur EU vorgelegt. Angesichts der komplexen Interessenverflechtung in der Zypernfrage ist es ihm auf hervorragende Weise gelungen, die Entwicklungen bis heute plausibel zu ordnen, verständlich und klar zu dokumentieren und zu kommentieren. Damit dürfte seine Arbeit für künftige Forschungen auf diesem Gebiet eine anregende und facettenreiche Basis sein, hinter die hinsichtlich des differenzierten Bildes des Zypernkonfliktes nicht zurückgegangen werden sollte.

Die klare und überzeugende Identifikation der jeweiligen Interessen der einzelnen Akteure und die relative Handlungsunfähigkeit der EU aufgrund bestehender intergouvernementaler Strukturen macht die vorliegende Arbeit auch zu einer guten Grundlage für die Beurteilung künftiger politischer Strategien der EU. Die Gründlichkeit und Ausführlichkeit der vorliegenden Studie hat allerdings ihren Preis. Trotz aller Verständlichkeit sind 600 Seiten und mehr als 1500 Fußnoten keine Lektüre, die man "mal eben so" erledigt. Dies ist wohl auch der Tatsache geschuldet, dass es sich hierbei um die Dissertation des Autors handelt. Für die (tages-)politische Diskussion und eine grundlegende Information für interessierte nichtwissenschaftliche Leserinnen und Leser ist dem Autor anzuraten, die Entwicklung der Zypernfrage bezogen auf die EU sowie die vorfindbaren politischen Positionen der Akteure in einer prägnanten und stringenten Schrift zusammenzufassen, damit die wichtigsten Ergebnisse seiner Studie nicht im Elfturm verbleiben.

Engin Karatas: Die europäische Union und Zypern. Der EU-Beitritt der Mittelmeerinsel unter besonderer Berücksichtigung der Politik Griechenlands und der Türkei. Verlag Dr. Korvač, Hamburg 2010, 610 Seiten, ISBN 978-3-8300-4848-9

Willy Klawe, Hamburg

Kontakt: W.Klawe@soziale-praxis.de